

Liste A

Änderungsliste Verwaltung und
Fraktionen

-

Ergebnishaushalt und Investitionen

Antrag Nr.	013	Antragsteller	dUH	Verweis auf Antrag
------------	------------	---------------	-----	--------------------

Amt	Produkt	010804	Personalservice
1000	Kostenträger	0108042040	Personalaufwendungen Personalreserve
	Kostenart	501999	Personalkosten

	2012	2013	2014	2015
Ansatz Entwurf:	289.773,00	293.394,00	256.586,00	257.954,00
Geplante Änderung:	0,00	0,00	0,00	0,00
Neuer Ansatz:	289.773,00	293.394,00	256.586,00	257.954,00

	Dafür:	Dagegen:	Enthaltung:	Abstimmungsverhalten:
PA				

H + F				

Erläuterungen Beschluss

Text Antrag

Der Bürgermeister wird beauftragt, geeignete Springerkräfte mit Dienstkleidung zu versehen und auf der Mittelstraße und den angrenzenden Gebieten ohne repressive Aufgaben und Möglichkeiten patrouillieren zu lassen.

Begründung:

Bereits durch diese Präsenz der städtischen Bediensteten wird das Abschreckungspotential insbesondere gegen Radfahrer, Kippenschnippen und Hundehaufen deutlich erhöht.

Stellungnahme bzw. Hinweis Verwaltung

Bei den auf Springerstellen geführten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern handelt es sich um Personen, die teilweise körperlich und teilweise psychisch erkrankt sind. Der überwiegende Teil dieser Beschäftigten wird trotz ihrer gesundheitlichen Einschränkungen in Vollzeit auf Teilzeitplanstellen eingesetzt bzw. arbeitet ohne Planstellen in verschiedenen Ämtern in Tätigkeiten, die ihrer Ausbildung entsprechen.

Daneben sind zwei Beschäftigte lt. ärztlichen Gutachten dienstuntauglich für jede Art von Tätigkeit; hier stehen eine unbefristete und eine befristete Zuruhesetzung an.

Auf Springerstellen geführte Mitarbeiter/innen, die für den Einsatz als Außendienstkräfte zu Patrouillen geeignet wären, sind nicht vorhanden.

Änderungsliste 2012 ff. - Ergebnishaushalt

Antrag Nr.	002	Antragsteller	dUH	Verweis auf Antrag
------------	------------	---------------	-----	--------------------

Amt	Produkt	011301	Gebäudeunterhaltung
2600	Kostenträger	0113010010	Unterhaltung von Gebäuden
	Kostenart	500000	Aufwand

	2012	2013	2014	2015
Ansatz Entwurf:	0,00	0,00	0,00	0,00
Geplante Änderung:				
Neuer Ansatz:				

	Dafür:	Dagegen:	Enthaltung:	Abstimmungsverhalten:
PA				

H + F				

Erläuterungen Beschluss

Text Antrag

Die Schreinerei auf dem Bauhof ist zu schließen. Die dort noch vorhandenen Stellen sind mit einem kw-Vermerk zu versehen. Die dort tätigen Personen sind bei nächster Gelegenheit auf andere handwerklich ausgerichtete Arbeitsplätze umzusetzen.

Begründung:

Wir brauchen keine eigene Schreinerei. Hilden hat leistungsfähige Handwerksbetriebe. Diese Möglichkeit wird von der Verwaltung auch nicht in Abrede gestellt.

Stellungnahme bzw. Hinweis Verwaltung

Die Schließung der Schreinerei ist im Herbst 2011 eingehend im Personalausschuss diskutiert worden. Dabei wurde festgestellt, dass eine Schließung zurzeit aufgrund der aktuellen Personalsituation nicht möglich ist. Angesichts des ebenfalls vorgesehenen Abbaus von Hausmeisterstellen ist – über das bereits realisierte Maß hinaus – auch kein anderweitiger Einsatz im handwerklichen Bereich realisierbar. Die Anbringung von kw-Vermerken an den zwei noch nicht damit ausgewiesenen Stellen ist natürlich möglich.

Antrag Nr.	017	Antragsteller	dUH	Verweis auf Antrag
------------	------------	---------------	-----	--------------------

Amt	Produkt	020101	Ordnungsbehördliche Angelegenheiten
3200	Kostenträger	0201010030	Ermittlungs- u. Vollzugsmaßnahmen (KOD)
	Kostenart	501999	Personalkosten

2012 2013 2014 2015

Ansatz Entwurf:

Geplante Änderung:

Neuer Ansatz:

	Dafür:	Dagegen:	Enthaltung:	Abstimmungsverhalten:
PA				

H + F				

Erläuterungen Beschluss

Text Antrag

Die 1,0-Stelle, die derzeit mit einem in Altersteilzeit befindlichen Arbeitnehmer besetzt ist, wird mit einem kw-Vermerk versehen.

Stellungnahme bzw. Hinweis Verwaltung

Die derzeit unbesetzte Stelle wird auch künftig für den KOD benötigt. Auf Antrag der dUH-Fraktion vom 04.11.2009 wurde mit SV 32-004 über die Aufgaben der kommunalen Ordnungskräfte berichtet sowie auf die Notwendigkeit gut ausgebildeter Mitarbeiter auch in diesem Aufgabengebiet hingewiesen. Aus diesem Grund wurden – wie in der genannten SV angesprochen – im Sommer 2010 zwei Auszubildende eingestellt, die – in Zusammenarbeit mit dem Ordnungsamt Düsseldorf - gezielt für Aufgaben des KOD geschult werden. Im Übrigen absolvieren sie die klassische Ausbildung zum/zur Verwaltungsfachangestellten. Es ist beabsichtigt, die derzeit noch freie Stelle im KOD nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung mit einem/einer Auszubildenden zu besetzen.

Antrag Nr.	032	Antragsteller	dUH	Verweis auf Antrag
------------	------------	---------------	-----	--------------------

Amt	Produkt	050401	Rentenberatung
5000	Kostenträger	0504019010	Vorkostentr. Rentenberatung
	Kostenart	500000	Aufwand

2012 2013 2014 2015

Ansatz Entwurf:

Geplante Änderung:

Neuer Ansatz:

	Dafür:	Dagegen:	Enthaltung:	Abstimmungsverhalten:
SozA	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
PA	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
H + F	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

Erläuterungen Beschluss

Text Antrag

Die Rentenberatung wird auf das gesetzlich vorgeschriebene Maß (Entgegennahme der Anträge, Vollständigkeitsprüfung, Weiterleitung an Versicherungsträger bei der Sachverhaltsaufklärung und Anforderung von Beweismitteln) beschränkt. Die hierfür angesetzte Stelle (0,9) wird gestrichen.

Begründung:

Die gesetzlichen Pflichtaufgaben können problemlos im Bürgerbüro erledigt werden.

Stellungnahme bzw. Hinweis Verwaltung

Das Produkt Rentenberatung ist im Stellenplan 2012 nicht mehr mit 0,9 VZK, sondern mit 0,56 VZK ausgewiesen. Darin sind 0,06 VZK als „Overhead“ enthalten, so dass die echte Bearbeitung bereits auf 0,5 VZK, verteilt auf zwei Beschäftigte, reduziert wurde. Dies entspricht zum einen weitgehend dem bereits gesetzlich vorgeschriebenen Teil, da die Antragsannahme und Vorprüfung sinnvollerweise nur in einem Gespräch mit dem/der Antragsteller/in erfolgen kann. Zum anderen muss berücksichtigt werden, dass auch die Grobprüfung der Anträge fachliche Kenntnisse und Erfahrungen erfordert, so dass diese Tätigkeit nicht ohne weiteres auf das Bürgerbüro verlagert werden kann. In diesem Zusammenhang sei auch an die Empfehlung im BSL-Gutachten (E 09) zur Reduzierung der Personalausstattung des Bürgerbüros erinnert.